Wahl, Auslosung und Einberufung der Schöffinnen und Schöffen

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Justiz, des Ministeriums des Innern und für Sport und des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur vom 29. November 2007 (JM 3221-4-4)

Fundstelle: MinBl. 2007, S. 711; JBl. 2007, S. 400; Amtsbl. 2008, S. 20; JBl. 2012, S. 456

Zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 25.02.2013 (JBl. 2013, S. 26; MinBl. 2013, S. 134)

Die Wahl der Schöffinnen und Schöffen und Jugendschöffinnen und Jugendschöffen - im Folgenden entsprechend dem Sprachgebrauch des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) und des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) zur besseren Verständlichkeit der Vorschrift zusammenfassend „Schöffen“ bzw. „Jugendschöffen“ - ist nach der Neuregelung durch das Gesetz zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verfahrensvorschriften zur Wahl und Berufung ehrenamtlicher Richter vom 21. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3599) 2008 und in jedem fünften auf das Jahr 2008 folgenden Jahr durchzuführen (Wahljahr).

Um ein reibungsloses und zeitgerechtes Zusammenwirken der dabei beteiligten Stellen zu gewährleisten, wird Folgendes bestimmt:

1. Bestimmung und Verteilung der Zahl der Schöffen

- 1.1 Die Präsidentinnen und Präsidenten der Landgerichte bestimmen die erforderliche Zahl von Haupt- und Hilfsschöffen für die Schöffengerichte und die Strafkammern der Landgerichte. Sie verteilen die Zahl der Hauptschöffen für die Strafkammern und für die Schöffengerichte, deren Bezirk mehrere Amtsgerichtsbezirke umfasst, auf die einzelnen Amtsgerichtsbezirke und teilen sie den Amtsgerichten mit (§ 43 Abs. 1, § 58 Abs. 2, § 77 GVG). Termin für die Mitteilung: Bis zum 1. April jedes Wahljahres.

- 1.2. Die Zahl der Hauptschöffen ist so zu bemessen, dass voraussichtlich jede Person zu nicht mehr als zwölf ordentlichen Sitzungstagen im Jahr herangezogen wird (§ 43 Abs. 2, § 77 GVG).

2. Aufstellung und Einreichung der Vorschlagslisten

- 2.1 Die Gemeinden stellen in jedem Wahljahr unter Verwendung eines elektronischen Formulars eine Vorschlagsliste für Schöffen auf (§ 36 Abs. 1, § 77 GVG).
- 2.2 In die Vorschlagsliste des Bezirks des Amtsgerichts sind mindestens doppelt so viele Personen aufzunehmen, wie als erforderliche Zahl von Haupt- und Hilfsschöffen nach § 43 GVG bestimmt sind. Die Verteilung auf die Gemeinden des Bezirks erfolgt durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landgerichts in Anlehnung an die Einwohnerzahl der Gemeinden (§ 36 Abs. 4 GVG).
- 2.3 Die Präsidentin oder der Präsident des Landgerichts teilt der Kreisverwaltung und bei kreisfreien Städten der Stadtverwaltung die Zahl der von jeder Gemeinde in die Vorschlagsliste aufzunehmenden Personen bis zum 1. April jedes Wahljahres mit.
- 2.4 Die Vorschlagsliste soll alle Gruppen der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Beruf und sozialer Stellung angemessen berücksichtigen. Sie muss Geburtsnamen, Familiennamen, Vornamen, Tag und Ort der Geburt, Wohnanschrift und Beruf der vorgeschlagenen Personen enthalten (§ 36 Abs. 2, § 77 GVG).
- 2.5 Das Amt eines Schöffen ist ein Ehrenamt. Es kann nur von Deutschen versehen werden (§ 31 GVG).
- 2.6 In die Vorschlagsliste sind nicht aufzunehmen
- 2.6.1 Personen, die gemäß § 32 GVG unfähig zu dem Amt eines Schöffen sind;
- 2.6.2 Personen, die gemäß § 33 GVG aus persönlichen Gründen nicht zu dem Amt eines Schöffen berufen werden sollen;
- 2.6.3 Personen, die gemäß § 34 GVG aus beruflichen Gründen nicht zu dem Amt eines Schöffen berufen werden sollen.
- 2.7 Personen, die die Berufung zum Amt eines Schöffen ablehnen dürfen (§§ 35, 77 GVG), können in die Vorschlagsliste aufgenommen werden. In einer besonderen Spalte („Bemerkungen“) ist jedoch auf die

Tatsachen hinzuweisen, die eine Ablehnung des Amtes rechtfertigen könnten.

- 2.8 Die Gemeinden haben bei der Aufstellung der Vorschlagslisten sorgfältig zu prüfen, ob die vorgeschlagenen Personen für das Amt eines Schöffen geeignet sind. Sie geben den Personen, die für eine Aufnahme in die Vorschlagsliste in Betracht kommen, zuvor Gelegenheit, sich zu ihrer Benennung zu äußern. Die Gemeinden können sich diese Aufgabe erleichtern, indem sie die Stellen, die ihnen Personen zur Aufnahme in die Vorschlagsliste (§ 36 GVG) namhaft machen, anhalten, diese vorher zu befragen, ob Hinderungsgründe nach §§ 33, 34 GVG bestehen oder ob sie trotz des Vorliegens von Ablehnungsgründen nach § 35 GVG bereit sind, das Amt eines Schöffen zu übernehmen. Auf diese Weise können ungeeignete Personen von vornherein ausgeschlossen und vorhandene Ablehnungsgründe rechtzeitig festgestellt werden. Darüber hinaus sind die Gemeinden dann auch in der Lage, von der Benennung solcher Personen abzusehen, die zwar keinen der in § 35 GVG genannten Ablehnungsgründe geltend machen können, deren Benennung zum Schöffenamt aber aus sonstigen triftigen Gründen, insbesondere wegen einer Kollision ihrer richterlichen Pflicht mit ihren übrigen Pflichten, unzulässig erscheint.
- 2.9 Das verantwortungsvolle Amt eines Schöffen verlangt in hohem Maße Unparteilichkeit, Selbstständigkeit und Reife des Urteils, aber auch - wegen des anstrengenden Sitzungsdienstes - körperliche Eignung.
- 2.10 Da es entscheidend darauf ankommt, für das Amt eines Schöffen Personen zu gewinnen, die für diese Tätigkeit ein besonderes Interesse haben, sollen Personen, die sich bewerben, bei Eignung nach Möglichkeit berücksichtigt werden.
- 2.11 Für die Aufnahme einer Person in die Vorschlagsliste ist die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, mindestens jedoch der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats (Ortsgemeinderats), erforderlich (§ 36 Abs. 1 Satz 2, § 77 GVG). Bei der Aufnahme einer Person in die Vorschlagsliste handelt es sich um eine Wahl im Sinne von § 40 GemO mit den weiteren Folgen, dass bei dieser Entscheidung des Gemeinderats das Stimmrecht des Vorsitzenden, der nicht gewähltes Ratsmitglied ist, ruht (§ 36 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 GemO) und Ausschlussgründe keine Anwendung finden (§ 22 Abs. 3 GemO) sowie dass der Gemeinderat gemäß § 40 Abs. 5 Halbsatz 2 GemO mit der Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder beschließen kann, die Wahl im Wege der offenen Abstimmung durchzuführen.

2.12

Termin für die Aufstellung der Vorschlagslisten: Bis zum 30. Juni jedes Wahljahres.

- 2.13 Die Vorschlagsliste ist in der Gemeinde für die Dauer einer Woche zu jedermanns Einsicht aufzulegen. Der Zeitpunkt der Auflegung, die bis zum 31. Juli abgeschlossen sein soll, ist vorher öffentlich bekannt zu machen (§ 36 Abs. 3 GVG).
- 2.14 Gegen die Vorschlagsliste kann binnen einer Woche, gerechnet vom Ende der Auflegungsfrist, schriftlich oder zu Protokoll mit der Begründung Einspruch erhoben werden, dass in die Vorschlagsliste Personen aufgenommen sind, die nach § 32 GVG nicht aufgenommen werden durften oder nach §§ 33 und 34 GVG nicht aufgenommen werden sollten (§ 37 GVG).
- 2.15 Die Vorschlagsliste ist – in Papierform – nebst den Einsprüchen mit einer Bescheinigung über die Bekanntmachung und Auflegung an das Amtsgericht des Bezirks bis spätestens zum 15. August jedes Wahljahres zu übersenden; gleichzeitig ist dem Amtsgericht die ausgefüllte Vorschlagsliste auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen. Von etwaigen nach der Absendung notwendig werdenden Berichtigungen der Vorschlagsliste ist dem Amtsgericht unverzüglich Anzeige zu machen (§§ 38, 77 GVG).
- 2.16 Die oder der nach dem Geschäftsverteilungsplan zuständige RichterIn oder zuständige Richter beim Amtsgericht stellt die Vorschlagslisten der Gemeinden zur Liste des Bezirks zusammen und bereitet den Beschluss über die Einsprüche vor. Dabei ist die Beachtung der Vorschriften des § 36 Abs. 3 GVG zu prüfen und die Abstellung etwaiger Mängel zu veranlassen (§ 39 GVG). Mit Zustimmung der vorgeschlagenen Personen kann eine unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister für Zwecke der Rechtspflege (§ 41 Abs. 1 Nr. 1 BZRG) eingeholt werden.

3. Wahl der Schöffen

- 3.1 Bei dem Amtsgericht tritt in jedem Wahljahr ein Ausschuss - bestehend aus den in § 40 Abs. 2 GVG genannten Personen - zusammen, der die Schöffen wählt.
- 3.2 Wer dem Ausschuss als Verwaltungsbeamtin oder Verwaltungsbeamter angehört, regelt die Landesverordnung über die Bestimmung der Verwaltungsbeamten für die Ausschüsse nach § 40 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 7. September 1976 (GVBl. S. 228, BS 311-4).
- 3.3

Die Vertrauenspersonen werden aus der Bevölkerung des Amtsgerichtsbezirks von den Kreistagen der Landkreise und den Stadträten der kreisfreien Städte mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, mindestens jedoch mit der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl gewählt (§ 40 Abs. 3 GVG). Für die Vertrauenspersonen zur Wahl der Schöffen gelten gemäß § 3 des Landesgesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes (AGGVG) vom 6. November 1989 (GVBl. S. 225, BS 311-5) in der jeweils geltenden Fassung die §§ 32 bis 35 GVG entsprechend. Für den Fall einer Verhinderung der Vertrauenspersonen können für diese auch Vertreterinnen oder Vertreter gewählt werden; dabei ist jedoch zu beachten, dass die Reihenfolge des Eintritts der Vertretung genau bestimmt ist.

- 3.3.1 Die Zuständigkeit zur Wahl der Vertrauenspersonen ist wie folgt geregelt:
  - 3.3.1.1 Fällt der Landkreis mit dem Amtsgerichtsbezirk zusammen, werden die sieben Vertrauenspersonen vom Kreistag gewählt; fällt der Bezirk einer kreisfreien Stadt mit dem Amtsgerichtsbezirk zusammen, wählt der Stadtrat die sieben Vertrauenspersonen.
  - 3.3.1.2 Umfasst der Landkreis mehrere Amtsgerichtsbezirke, so wählt der Kreistag für jedes Amtsgericht sieben Vertrauenspersonen aus den Einwohnern des Amtsgerichtsbezirks.
  - 3.3.1.3 Umfasst der Amtsgerichtsbezirk mehrere Landkreise oder kreisfreie Städte oder Teile von solchen, wird die Zahl der zu wählenden Vertrauenspersonen nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahlen verteilt, jedem Landkreis oder Bezirk einer kreisfreien Stadt aber mindestens eine Vertrauensperson zugeteilt. Ergeben sich Bruchteile, werden die Vertrauenspersonen nach der Größenfolge der Bruchteile zugeteilt. Wie viele Vertrauenspersonen demnach von den Kreistagen und Stadträten zu wählen sind, ergibt sich aus der Anlage 1 zu dieser Verwaltungsvorschrift.
- 3.3.2 Termin für die Wahl der Vertrauenspersonen: Bis zum 30. Juni jedes Wahljahres.
- 3.4 Die gewählten Vertrauenspersonen sind dem Amtsgericht bis zum 31. Juli jedes Wahljahres mitzuteilen.
- 3.5 Der Ausschuss tritt in der Zeit vom 16. September bis 15. Oktober jedes Wahljahres am Amtsgericht zu einer nicht öffentlichen Sitzung zusammen, die von der oder dem Vorsitzenden des Ausschusses anberaumt wird. Mit der Ladung, die mindestens zwei Wochen vor dem Sitzungstermin zugegangen sein soll, werden den

- Vertrauenspersonen Abschriften oder Ablichtungen der Vorschlagslisten übersandt.
- 3.6 Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses regelt § 40 Abs. 4 GVG.
- 3.7 Die oder der Vorsitzende berichtet zunächst über die gegen die Vorschlagsliste erhobenen Einsprüche und etwaige Berichtigungen und führt die Beschlussfassung des Ausschusses gemäß § 41 GVG herbei.
- 3.8 Aus der berichtigten Vorschlagsliste wählt der Ausschuss mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen für die nächsten fünf Geschäftsjahre getrennt die erforderliche Zahl von Schöffen für die Schöffengerichte und die Strafkammern. Die erforderliche Zahl der Personen, die an die Stelle wegfallender Schöffen treten oder in den Fällen der §§ 46, 47 GVG als Schöffen benötigt werden (Hilfsschöffen), wählt für das Schöffengericht der Ausschuss bei dem Amtsgericht, bei dem das Schöffengericht errichtet ist, für die Strafkammern der Ausschuss bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk das Landgericht seinen Sitz hat; zu wählen sind nur Personen, die am Sitz des Gerichts, an dem sie tätig werden sollen, oder in dessen nächster Umgebung wohnen (§ 42 Abs. 1, § 77 GVG).
- 3.9 Bei der Wahl soll darauf geachtet werden, dass alle Gruppen der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Beruf und sozialer Stellung angemessen berücksichtigt werden (§ 42 Abs. 2 GVG).
- 3.10 Für dasselbe Geschäftsjahr darf eine Person nur entweder als Schöffe für das Schöffengericht oder als Schöffe für die Strafkammer bestimmt werden. Personen, die für dasselbe Geschäftsjahr in einem Bezirk zu mehreren dieser Ämter oder in mehreren Bezirken zu diesen Ämtern bestimmt worden sind, haben das Amt zu übernehmen, zu dem sie zuerst einberufen wurden (§ 77 Abs. 4 GVG).
- 3.11 Über die Verhandlung des Ausschusses wird ein Protokoll erstellt. Das Protokoll enthält die Namen der anwesenden Personen und alle wesentlichen Vorgänge der Verhandlung, insbesondere die Beschlüsse des Ausschusses über Einsprüche; die Namen der gewählten Personen werden im Protokoll aufgeführt. Das Protokoll wird am Schluss der Verhandlung verlesen und von der oder dem Vorsitzenden sowie gegebenenfalls der Person, die zur Führung des Protokolls hinzugezogen worden ist, unterschrieben.
- 3.12 Die Namen der zu Hauptschöffen und der zu Hilfsschöffen für das Schöffengericht gewählten Personen werden bei dem Amtsgericht in gesonderte Verzeichnisse (Schöffenlisten) aufgenommen (§ 44 GVG). Ist für die Bezirke mehrerer Amtsgerichte ein gemeinsames Schöffengericht eingerichtet (§ 58 GVG), werden die Schöffenlisten bei dem gemeinsamen Schöffengericht geführt, dem zu diesem Zweck

- die Namen der gewählten Schöffen mitgeteilt werden. Die Zusammenstellung der Schöffenlisten erfolgt entsprechend Nummer 3.13 Satz 3.
- 3.13 Die Namen der für die Strafkammern gewählten Hauptschöffen und Hilfsschöffen teilt die oder der Vorsitzende des Ausschusses dem Landgericht mit. Die Präsidentin oder der Präsident des Landgerichts stellt die Namen der Hauptschöffen zur Schöffenliste des Landgerichts zusammen (§ 77 Abs. 2 GVG). Die Zusammenstellung geschieht in der Weise, dass die Verzeichnisse, nach den Anfangsbuchstaben der Amtsgerichte geordnet aneinandergesetzt und die Namen der Schöffen in der so entstehenden Reihenfolge mit fortlaufenden Nummern versehen werden.
- 3.14 Das Amtsgericht, bei dem die Wahl der Schöffen stattgefunden hat, fordert unmittelbar im Anschluss an die Wahl für jede gewählte Person eine unbeschränkte Auskunft aus dem Zentralregister für Zwecke der Rechtspflege (§ 41 Abs. 1 Nr. 1 BZRG) an, sofern eine solche Auskunft nicht schon vor der Wahl eingeholt worden ist, sowie eine Auskunft des Amtsgerichts (Vollstreckungsgericht, Insolvenzgericht), ob eine Person in Vermögensverfall geraten ist (§ 33 Nr. 6 GVG).
- 3.15 Ergibt sich daraus die Unfähigkeit zum Schöffenamt oder ein Umstand, bei dessen Vorhandensein eine Berufung zum Schöffenamt nicht erfolgen soll, ist das Verfahren nach § 52 GVG durchzuführen.
- 3.16 Für die nach Nummer 3.12 Satz 2 und nach Nummer 3.13 zu übersendenden Verzeichnisse sowie für die Schöffenlisten sind die entsprechenden elektronischen Formulare zu verwenden. Bei der Übersendung der Verzeichnisse sind die nach Nummer 3.14 anzufordernden Unterlagen beizufügen.
- 3.17 Termin für die Übersendung der Verzeichnisse: Bis zum 30. Oktober jedes Wahljahres. Dieser Termin ist unbeschadet des Eingangs der nach Nummer 3.14 anzufordernden Unterlagen einzuhalten; gegebenenfalls sind diese Unterlagen nachzusenden.
- 3.18 Die Amtsdauer der gewählten Schöffen beträgt fünf Jahre und beginnt mit dem 1. Januar des auf die Wahl folgenden Kalenderjahres.
- 3.19 Hat sich die ursprüngliche Zahl der Hilfsschöffen in der Hilfsschöffenliste auf die Hälfte verringert, so findet aus den vorhandenen Vorschlagslisten eine Ergänzungswahl durch den Ausschuss statt, der die Schöffenwahl vorgenommen hatte. Der Ausschuss wird von der oder dem Vorsitzenden einberufen. Von der Ergänzungswahl kann abgesehen werden, wenn sie in den letzten sechs Monaten des Zeitraums stattfinden müsste, für den die Schöffen gewählt sind. Für die Bestimmung der Reihenfolge der neuen

Hilfsschöffen gilt § 45 GVG entsprechend mit der Maßgabe, dass die Plätze im Anschluss an den im Zeitpunkt der Auslosung an letzter Stelle der Hilfsschöffenliste stehenden Schöffen ausgelost werden (§ 52 Abs. 6 GVG).

- 3.20 Verringert sich die Zahl der Hilfsschöffen auf die Hälfte der ursprünglichen Zahl, unterrichtet die Schöffengeschäftsstelle (§ 45 Abs. 4 Satz 1 GVG) unverzüglich die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Ausschusses.

4. Auslosung und Einberufung der Schöffen

- 4.1 Bevor die Auslosung der Schöffen stattfindet, bestimmen die Direktorin oder der Direktor des Amtsgerichts für das Schöffengericht sowie die Präsidentin oder der Präsident des Landgerichts für die Strafkammern die Tage, an denen im kommenden Geschäftsjahr die ordentlichen Sitzungen der Spruchkörper stattfinden (§ 45 Abs. 1, § 77 GVG).
- 4.2 Die Reihenfolge, in der die Hauptschöffen an den einzelnen ordentlichen Sitzungen teilnehmen, wird für das ganze Geschäftsjahr im Voraus durch Auslosung in öffentlicher Sitzung bestimmt. Für mehrere Spruchkörper eines Gerichts kann die Auslosung in einer Weise bewirkt werden, nach der jeder Hauptschöffe nur an den Sitzungen eines Spruchkörpers teilnimmt. Die Auslosung für das Schöffengericht nimmt die oder der nach dem Geschäftsverteilungsplan zuständige Richterin oder Richter beim Amtsgericht in einer Sitzung des Amtsgerichts, die Auslosung für die Strafkammern die Präsidentin oder der Präsident des Landgerichts in einer Sitzung des Landgerichts vor (§ 45 Abs. 2, § 77 Abs. 3 GVG).
- 4.3 Die Reihenfolge, in der die Hilfsschöffen an die Stelle wegfallender Hauptschöffen treten (Hilfsschöffenliste), wird einmal für die ganze folgende Wahlperiode im Voraus durch Auslosung in öffentlicher Sitzung bestimmt; dabei findet jedoch Nummer 4.2 Satz 2 keine Anwendung (§ 45 Abs. 2 Satz 4 GVG).
- 4.4 Die Sitzung, in der die Auslosung stattfindet, wird durch Anschlag an der Gerichtstafel bekannt gegeben. Die Auslosung ist so vorzunehmen, dass jeder ausgeloste Hauptschöffe möglichst zu zwölf Sitzungstagen herangezogen wird.
- 4.5 Termin für die Auslosung der Hauptschöffen: Bis zum 30. November jedes Jahres; Termin für die Auslosung der Hilfsschöffen: Bis zum 30. November jedes Wahljahres.

- 4.6 Für die Auslosung ist der Name jedes in die Schöffenliste eingetragenen Schöffen auf einen Zettel zu schreiben. In der Sitzung werden die Zettel in eine Urne gelegt und nach gründlicher Vermischung einzeln aus der Urne gezogen und laut verlesen. Die Auslosung erfolgt für jede Schöffenliste nur einmal. Nach der hierdurch festgesetzten Reihenfolge werden die Schöffen auf die einzelnen Sitzungen in der Weise verteilt, dass so oft von vorne begonnen wird, bis alle Sitzungen besetzt sind.
- 4.7 Über die Auslosung wird von der Schöffengeschäftsstelle ein Protokoll aufgenommen. Die Dienstlisten der Hauptschöffen sowie der Hilfsschöffen sind unter Verwendung der entsprechenden elektronischen Formulare zu erstellen.
- 4.8 Die Hauptschöffen werden unter Angabe der Sitzungstage und unter Hinweis auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleibens durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein oder durch förmliche Zustellung unter Verwendung des entsprechenden elektronischen Formulars benachrichtigt. Für die Benachrichtigung der Hilfsschöffen von ihrer Wahl sowie für ihre Ladung sind die entsprechenden elektronischen Formulare zu verwenden. Wird ein Schöffe erst im Laufe des Geschäftsjahres zu einem Sitzungstag herangezogen, sind die Sätze 1 und 2 sinngemäß anzuwenden.
- 4.9 Jedem Haupt- und jedem Hilfsschöffen wird mit der Benachrichtigung von seiner Wahl das „Merkblatt für Schöffinnen und Schöffen“ übersandt.
- 4.10 Jeder Hauptschöffe wird unter Verwendung des entsprechenden elektronischen Formulars rechtzeitig geladen.
- 4.11 Werden Schöffen an einem Sitzungstag nicht benötigt, sind sie unverzüglich zu unterrichten.

5. Jugendschöffen

Die Wahl der Jugendschöffen erfolgt gleichzeitig mit der Wahl der Schöffen für die Schöffengerichte und die Strafkammern (§ 35 Abs. 6 JGG). Die Nummern 1 bis 4 finden auf die Wahl der Jugendschöffen entsprechende Anwendung, soweit nachfolgend nicht etwas anderes bestimmt ist.

- 5.1 Die von der Präsidentin oder dem Präsidenten des Landgerichts festzusetzende Zahl der für jedes Amtsgericht erforderlichen Jugendhauptschöffen und Jugendhelfschöffen, die Verteilung der für gemeinsame Jugendschöffengerichte erforderlichen Zahl von Jugendhauptschöffen auf die einzelnen Amtsgerichtsbezirke sowie die

- Verteilung der für die Jugendkammern erforderlichen Jugendhauptschöffen auf die zum Bezirk des Landgerichts gehörenden Amtsgerichte sind den Amtsgerichten bis zum 1. April jedes Wahljahres mitzuteilen.
- 5.2 Die Präsidentin oder der Präsident des Landgerichts teilt ferner für jeden Amtsgerichtsbezirk dem zuständigen Jugendamt die Zahl der vom Jugendhilfeausschuss vorzuschlagenden Jugendhauptschöffen und Jugendhilfsschöffen mit; umfasst ein Amtsgerichtsbezirk mehrere Jugendamtsbezirke oder Teile von solchen, so bestimmt sich die Zahl der von jedem der beteiligten Jugendhilfeausschüsse vorzuschlagenden Jugendhauptschöffen und Jugendhilfsschöffen entsprechend dem Verhältnis der Bevölkerungsanteile. Termin: Bis zum 1. April jedes Wahljahres.
- 5.3 Aufgrund der Mitteilung nach Nummer 5.2 stellen die Jugendhilfeausschüsse die Vorschlagslisten für die Jugendhauptschöffen und Jugendhilfsschöffen auf. In die Vorschlagslisten soll mindestens die doppelte Zahl der benötigten Schöffen und Hilfsschöffen aufgenommen werden, und zwar Männer und Frauen in gleicher Anzahl. Die vorgeschlagenen Personen sollen erzieherisch befähigt und in der Jugenderziehung erfahren sein (§ 35 Abs. 2 JGG).
- 5.4 Für die Aufnahme in die Liste ist die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder, mindestens jedoch der Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses erforderlich (§ 35 Abs. 3 Satz 2 JGG).
- 5.5 Die Vorschlagslisten sind bis zum 30. Juni jedes Wahljahres aufzustellen. Sie sind anschließend im Jugendamt eine Woche lang zu jedermanns Einsicht aufzulegen. Der Zeitpunkt der Auflegung, die bis zum 31. Juli abgeschlossen sein soll, ist vorher öffentlich bekannt zu machen (§ 35 Abs. 3 JGG).
- 5.6 Die Jugendämter reichen die Vorschlagslisten der Jugendhilfeausschüsse (mit sieben Überstücken) nebst den Einsprüchen mit einer Bescheinigung über die Bekanntmachung und Auflegung den Amtsgerichten bis zum 15. August jedes Wahljahres ein.
- 5.7 Die Vorschlagsliste des Jugendhilfeausschusses gilt als Vorschlagsliste im Sinne des § 36 GVG (§ 35 Abs. 3 JGG).
- 5.8 Wahlausschuss für die Wahl der Jugendschöffen ist der nach § 40 GVG gebildete Ausschuss (§ 35 Abs. 1 Satz 1 JGG). In der gemäß Nummer 3.5 für die Wahl der Schöffen der allgemeinen Strafgerichte anberaumten Sitzung des Wahlausschusses findet auch die Wahl der

Jugendschöffen statt, soweit bei dem betreffenden Amtsgericht Jugendschöffen zu wählen sind.

- 5.9 Bei der Entscheidung über Einsprüche gegen die Vorschlagsliste des Jugendhilfeausschusses und bei der Wahl der Jugendhauptschöffen und Jugendhilfsschöffen führt die oder der nach dem Geschäftsverteilungsplan zuständige Jugendrichterin oder Jugendrichter den Vorsitz in dem Schöffenwahlausschuss (§ 35 Abs. 4 JGG).
- 5.10 Es soll eine gleiche Anzahl von Männern und Frauen gewählt werden (§ 35 Abs. 1 Satz 2 JGG). Dies gilt auch für die Jugendhilfsschöffen.
- 5.11 Die gewählten Jugendhauptschöffen und Jugendhilfsschöffen werden in besondere für Männer und Frauen getrennt zu führende Schöffenlisten aufgenommen (§ 35 Abs. 5 JGG).
- 5.12 Die Auslosung der Jugendschöffen (einschließlich der Jugendhilfsschöffen) erfolgt in den in den Nummern 4.2 bis 4.4 bezeichneten öffentlichen Sitzungen. Die Richterin oder der Richter beim Amtsgericht lost dabei auch die Jugendschöffen für das Jugendschöffengericht aus, die Präsidentin oder der Präsident des Landgerichts die Jugendschöffen für die Jugendkammer. Die männlichen und die weiblichen Jugendschöffen werden getrennt ausgelost. Für die einzelnen Sitzungen wird je ein männlicher und ein weiblicher Jugendschöffe eingeteilt.

6. Zusammenstellung der Termine

Eine Zusammenstellung der in dieser Verwaltungsvorschrift bestimmten Termine, bis zu welchen die vorgeschriebenen Maßnahmen zu treffen sind, enthält Anlage 2.

7. Beschaffung der Formblätter und Vordrucke

Das in Nummer 2.1 erwähnte elektronische Formular wird den Gemeinden von den Gerichten zur Verfügung gestellt.

8. Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Januar 2008 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Justiz, des Ministeriums des Innern und für Sport und des Ministeriums für Kultur, Jugend, Familie und Frauen vom 28. Oktober 1999 (JM 3221-

4-4) - JBl. S.253; 2004 S. 261 - (MinBl. S. 502; GAmtsbl. S. 670),
geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 8. Dezember 2004 (JM
1281-1) - JBl. S. 261 -, außer Kraft.

Anlage 1

**Wahl der Vertrauenspersonen
durch die Vertretungen der Verwaltungsbezirke**

- Regelung gemäß Nummer 3.3.1.3 -

Von den Vertretungen der Landkreise und kreisfreien Städte ist gemäß § 40
Abs. 3 GVG die nachfolgende Anzahl von Vertrauenspersonen zu wählen:

A. Kreisfreie Städte:

1. Stadtrat Frankenthal (Pfalz)
für den Amtsgerichtsbezirk Frankenthal (Pfalz) 5
2. Stadtrat Kaiserslautern
für den Amtsgerichtsbezirk Kaiserslautern 4
3. Stadtrat Koblenz
für den Amtsgerichtsbezirk Koblenz 4
4. Stadtrat Landau in der Pfalz
für den Amtsgerichtsbezirk Landau in der Pfalz 2
5. Stadtrat Ludwigshafen am Rhein
für den Amtsgerichtsbezirk Ludwigshafen am Rhein 5
6. Stadtrat Mainz
für den Amtsgerichtsbezirk Mainz 5
7. Stadtrat Neustadt an der Weinstraße
für den Amtsgerichtsbezirk Neustadt an der Weinstraße 4
8. Stadtrat Pirmasens
für den Amtsgerichtsbezirk Pirmasens 2
- 9.

Stadtrat Speyer

für den Amtsgerichtsbezirk Speyer 3

10. Stadtrat Trier

für den Amtsgerichtsbezirk Trier 4

11. Stadtrat Worms

für den Amtsgerichtsbezirk Worms 5

12. Stadtrat Zweibrücken

für den Amtsgerichtsbezirk Zweibrücken 4

B. Landkreise:

1. Kreistag Ahrweiler

für den Amtsgerichtsbezirk Bad Neuenahr-Ahrweiler 7

für den Amtsgerichtsbezirk Sinzig 7

2. Kreistag Altenkirchen (Westerwald)

für den Amtsgerichtsbezirk Altenkirchen (Westerwald) 7

für den Amtsgerichtsbezirk Betzdorf 7

3. Kreistag Alzey-Worms

für den Amtsgerichtsbezirk Alzey 7

für den Amtsgerichtsbezirk Worms 2

4. Kreistag Bad Dürkheim

für den Amtsgerichtsbezirk Bad Dürkheim 7

für den Amtsgerichtsbezirk Grünstadt 7

für den Amtsgerichtsbezirk Neustadt an der Weinstraße 3

5. Kreistag Bad Kreuznach

für den Amtsgerichtsbezirk Bad Kreuznach 7

für den Amtsgerichtsbezirk Bad Sobernheim 7

6. Kreistag Bernkastel-Wittlich

für den Amtsgerichtsbezirk Bernkastel-Kues 7

für den Amtsgerichtsbezirk Hermeskeil 2

für den Amtsgerichtsbezirk Wittlich 7

7. Kreistag Birkenfeld

für den Amtsgerichtsbezirk Idar-Oberstein 7

8. Kreistag Cochem-Zell

für den Amtsgerichtsbezirk Cochem 7

9. Kreistag Donnersbergkreis

für den Amtsgerichtsbezirk Rockenhausen 7

10. Kreistag Eifelkreis Bitburg-Prüm

für den Amtsgerichtsbezirk Bitburg 7

für den Amtsgerichtsbezirk Prüm 5

11. Kreistag Germersheim
für den Amtsgerichtsbezirk Germersheim 7
für den Amtsgerichtsbezirk Kandel 7
12. Kreistag Kaiserslautern
für den Amtsgerichtsbezirk Landstuhl 5
für den Amtsgerichtsbezirk Kaiserslautern 3
13. Kreistag Kusel
für den Amtsgerichtsbezirk Kusel 7
für den Amtsgerichtsbezirk Landstuhl 2
14. Kreistag Mainz-Bingen
für den Amtsgerichtsbezirk Bingen am Rhein 7
für den Amtsgerichtsbezirk Mainz 2
15. Kreistag Mayen-Koblenz
für den Amtsgerichtsbezirk Andernach 7
für den Amtsgerichtsbezirk Koblenz 3
für den Amtsgerichtsbezirk Mayen 7
16. Kreistag Neuwied
für den Amtsgerichtsbezirk Linz am Rhein 7
für den Amtsgerichtsbezirk Neuwied 7
17. Kreistag Rhein-Hunsrück-Kreis
für den Amtsgerichtsbezirk Sankt Goar 6
für den Amtsgerichtsbezirk Simmern/Hunsrück 7
18. Kreistag Rhein-Lahn-Kreis
für den Amtsgerichtsbezirk Diez 7
für den Amtsgerichtsbezirk Lahnstein 7
für den Amtsgerichtsbezirk Sankt Goar 1
19. Kreistag Rhein-Pfalz-Kreis
für den Amtsgerichtsbezirk Frankenthal (Pfalz) 2
für den Amtsgerichtsbezirk Ludwigshafen am Rhein 2
für den Amtsgerichtsbezirk Speyer 4
20. Kreistag Südliche Weinstraße
für den Amtsgerichtsbezirk Landau in der Pfalz 5
21. Kreistag Südwestpfalz
für den Amtsgerichtsbezirk Pirmasens 5
für den Amtsgerichtsbezirk Zweibrücken 3
22. Kreistag Trier-Saarburg
für den Amtsgerichtsbezirk Hermeskeil 5
für den Amtsgerichtsbezirk Saarburg 7
für den Amtsgerichtsbezirk Trier 3
- 23.

- Kreistag Vulkaneifel
für den Amtsgerichtsbezirk Daun 7
für den Amtsgerichtsbezirk Prüm 2
- 24. Kreistag Westerwaldkreis
für den Amtsgerichtsbezirk Montabaur 7
für den Amtsgerichtsbezirk Westerburg 7

Anlage 2

Zusammenstellung der Termine

- 1 1. April jedes Wahljahres
  - 1.1 Bestimmung und Verteilung der Zahl der Schöffen und entsprechende Mitteilung an die Amtsgerichte (vgl. Nummer 1.1 der VV)
  - 1.2 Festsetzung der erforderlichen Zahl von Haupt- und Hilfsschöffen für die Vorschlagslisten der Bezirke der Amtsgerichte, Verteilung auf die einzelnen Gemeinden und entsprechende Mitteilung an die Kreisverwaltung und bei kreisfreien Städten an die Stadtverwaltung (vgl. Nummern 2.2 und 2.3 der VV)
  - 1.3 Festsetzung und Verteilung der Zahl der Jugendschöffen und entsprechende Mitteilung an die Amtsgerichte und die Jugendämter (vgl. Nummern 5.1 und 5.2 der VV)
- 2 30. Juni jedes Wahljahres
  - 2.1 Aufstellung der Vorschlagslisten für Schöffen durch die Gemeinden (vgl. Nummer 2.12 der VV)
  - 2.2 Aufstellung der Vorschlagslisten für Jugendschöffen durch die Jugendhilfeausschüsse (vgl. Nummer 5.5 der VV)

2.3 Wahl der Vertrauenspersonen (vgl. Nummer 3.3.2 der VV)

3 31. Juli jedes Wahljahres

3.1 Abschlusstermin für die öffentliche Auflegung der Vorschlagslisten für Schöffen (vgl. Nummer 2.13 der VV)

3.2 Abschlusstermin für die öffentliche Auflegung der Vorschlagslisten für Jugendschöffen (vgl. Nummer 5.5 der VV)

3.3 Mitteilung der gewählten Vertrauenspersonen an die Amtsgerichte (vgl. Nummer 3.4 der VV)

4 15. August jedes Wahljahres

4.1 Einreichung der Vorschlagslisten für Schöffen an das zuständige Amtsgericht (vgl. Nummer 2.15 der VV)

4.2 Einreichung der Vorschlagslisten für Jugendschöffen an das zuständige Amtsgericht (vgl. Nummer 5.6 der VV)

5 16. September bis 15. Oktober jedes Wahljahres

Zusammentritt des Wahlausschusses und Wahl der Schöffen und Jugendschöffen (vgl. Nummern 3.5 und 5.8 der VV)

6 30. Oktober jedes Wahljahres

Übersendung der in Nummer 3.12 Satz 2 und in Nummer 3.13 erwähnten Verzeichnisse (vgl. Nummer 3.17 der VV)

7 30. November jedes Wahljahres

Auslosung der Hilfsschöffen und Jugendhilfsschöffen für die bevorstehende Wahlperiode (vgl. Nummer 4.5 Halbsatz 2 der VV)

8 30. November jedes Jahres

Auslosung der Hauptschöffen und Jugendhauptschöffen für das bevorstehende Geschäftsjahr (vgl. Nummer 4.5 Halbsatz 1 der VV)

†) zum Seitenanfang

Amtsgerichtsbezirk Landstuhl

Landstuhl

Ramstein-Miesenbach

Altenkirchen,

Bann

Breitenbach

Bruchmühlbach-Miesau

Brücken

Dittweiler

Dunzweiler

Frohnhofen

Gerhardsbrunn

Gries

Hauptstuhl

Hütschenhausen

Kindsbach

Kottweiler-Schwanden

Lambsborn

Langwieden

Martinshöhe

Mittelbrunn

Niedermohr

Oberarnbach

Ohmbach

Schönenberg-Kübelberg

Steinwenden

Waldmohr

Amtsgerichtsbezirk Kaiserslautern

ALBERSBACH
ALSENBORN
BAALBORN
DANSENBERG
ENKENBACH
ERFENBACH
ERLENBACH
ERZENHAUSEN
EULENBIS
FISCHBACH
FOCKENBERG-LIMBACH
FRANKELBACH
FRANKENSTEIN
HEILIGENMOSCHEL
HEIMKIRCHEN
HIRSCHHORN
HOCHSPEYER
HORENECKEN
KAISERSLAUTERN
KATZWEILER
KOLLWEILER
KRICKENBACH
LINDEN
MACKENBACH
MEHLBACH
MEHLINGEN
MÖLSCHBACH
MORBACH

MORLAUTERN
NEUHEMSBACH
NEUKIRCHEN
NIEDERKIRCHEN
OBERSULZBACH
OLSBRÜCKEN
OTTERBACH
OTTERBERG
PÖRRBACH
QUEIDERSBACH
REICHENBACH
REICHENBACH-STEEGEN
RODENBACH
SAMBACH
SCHALLODENBACH
SCHNECKENHAUSEN
SCHOPP
SCHWEDELBACH
SENBACH
SIEGELBACH
STELZENBERG
STOCKBORN
TRIPPSTADT
UNTERSULZBACH
WALDLEININGEN
WEILERBACH
WÖRSBACH

Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)

§ 32 GVG   Unfähigkeit zum Schöffenamt

Unfähig zu dem Amt eines Schöffen sind:

1. Personen, die infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzen oder wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt sind;
2. Personen, gegen die ein Ermittlungsverfahren wegen einer Tat schwebt, die den Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann.

§ 33 GVG   Nichtberufung

Zu dem Amt eines Schöffen sollen nicht berufen werden:

1. Personen, die bei Beginn der Amtsperiode das fünfundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben würden;
2. Personen, die das siebzigste Lebensjahr vollendet haben oder es bis zum Beginn der Amtsperiode vollenden würden;
3. Personen, die zur Zeit der Aufstellung der Vorschlagsliste nicht in der Gemeinde wohnen;
4. Personen, die aus gesundheitlichen Gründen für das Amt nicht geeignet sind;
5. Personen, die mangels ausreichender Beherrschung der deutschen Sprache für das Amt nicht geeignet sind;
6. Personen, die in Vermögensverfall geraten sind.

§ 34 GVG   Nichtberufung besonderer Personen

(1) Zu dem Amt eines Schöffen sollen ferner nicht berufen werden:

1. der Bundespräsident;
2. die Mitglieder der Bundesregierung oder einer Landesregierung;
3. Beamte, die jederzeit einstweilig in den Warte- oder Ruhestand versetzt werden können;
4. Richter und Beamte der Staatsanwaltschaft, Notare und Rechtsanwälte;
5. gerichtliche Vollstreckungsbeamte, Polizeivollzugsbeamte, Bedienstete des Strafvollzugs sowie hauptamtliche Bewährungs- und Gerichtshelfer;
6. Religionsdiener und Mitglieder solcher religiösen Vereinigungen, die satzungsgemäß zum gemeinsamen Leben verpflichtet sind;

(2) Die Landesgesetze können außer den vorbezeichneten Beamten höhere Verwaltungsbeamte bezeichnen, die zu dem Amt eines Schöffen nicht berufen werden sollen.

§ 35 GVG   Ablehnungsrecht

Die Berufung zum Amt eines Schöffen dürfen ablehnen:

1. Mitglieder des Bundestages, des Bundesrates, des Europäischen Parlaments, eines Landtages oder einer zweiten Kammer;
2. Personen, die
  - a) in zwei aufeinanderfolgenden Amtsperioden als ehrenamtlicher Richter in der Strafrechtspflege tätig gewesen sind, sofern die letzte Amtsperiode zum Zeitpunkt der Aufstellung der Vorschlagsliste noch andauert.
  - b) in der vorhergehenden Amtsperiode die Verpflichtung eines ehrenamtlichen Richters in der Strafrechtspflege an mindestens vierzig Tagen erfüllt haben
oder
  - c) bereits als ehrenamtliche Richter tätig sind;
3. Ärzte, Zahnärzte, Krankenschwestern, Kinderkrankenschwestern, Krankenpfleger und Hebammen;
4. Apothekenleiter, die keinen weiteren Apotheker beschäftigen;
5. Personen, die glaubhaft machen, dass ihnen die unmittelbare persönliche Fürsorge für ihre Familie die Ausübung des Amtes in besonderem Maße erschwert;
6. Personen, die das fünfundsiebzigste Lebensjahr vollendet haben oder es bis zum Ende der Amtsperiode vollendet haben würden;
7. Personen, die glaubhaft machen, dass die Ausübung des Amtes für sie oder einen Dritten wegen Gefährdung oder erheblicher Beeinträchtigung einer ausreichenden wirtschaftlichen Lebensgrundlage eine besondere Härte bedeutet.

§ 40 GVG   Ausschuss beim Amtsgericht

- (1) Bei dem Amtsgericht tritt jedes fünfte Jahr ein Ausschuss zusammen.
- (2) Der Ausschuss besteht aus dem Richter beim Amtsgericht als Vorsitzenden und einem von der Landesregierung zu bestimmenden Verwaltungsbeamten sowie sieben Vertrauenspersonen als Beisitzern. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Zuständigkeit für die Bestimmung des Verwaltungsbeamten abweichend von Satz 1 zu regeln. Sie können diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf oberste Landesbehörden übertragen.
- (3) Die Vertrauenspersonen werden aus den Einwohnern des Amtsgerichtsbezirks von der Vertretung des ihm entsprechenden unteren Verwaltungsbezirks mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, mindestens jedoch mit der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl gewählt. Die jeweiligen Regelungen zur Beschlussfassung dieser Vertretung bleiben unberührt. Umfasst der Amtsgerichtsbezirk mehrere Verwaltungsbezirke oder Teile mehrerer Verwaltungsbezirke, so bestimmt die zuständige oberste Landesbehörde die Zahl der Vertrauenspersonen, die von den Vertretungen dieser Verwaltungsbezirke zu wählen sind.
- (4) Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn wenigstens der Vorsitzende, der Verwaltungsbeamte und drei Vertrauenspersonen anwesend sind.

Vertrauenspersonen für die Wahl der Schöffen

Amtsgerichtsbezirk Landstuhl

Name, Vorname	Geburtstag Beruf	Anschrift
Germann Arnold	25.11.1951 Schulleiter	Bergstraße 8 66851 Bann
Biehl Jean-Pierre	28.06.1957 Pensionär	Pfühlstraße 16 66892 Bruchmühlbach-Miesau
Müller Werner	22.11.1950 Sparkassenkaufmann	Friedhofstraße 10 66879 Kottweiler-Schwanden
Hirsch Bernhard	20.07.1952 techn. Fachwirt i.R.	In den Betzen 30 c 66892 Bruchmühlbach-Miesau
Dietrich Günther	13.04.1949 Polizeibeamter a.D.	Am Hasenhübel 8 66851 Bann

Vertrauenspersonen für die Wahl der Schöffen

Amtsgerichtsbezirk Kaiserslautern

Name, Vorname	Geburtstag Beruf	Anschrift
Dirk Adam	19.09.1949 Kfz-Mechaniker	Ziegelhütter Straße 3 67697 Otterberg
Anspach Hans-Norbert	23.06.1951 Sparkassenbetriebswirt	Hundsbrunnerstraße 26 67691 Hochspeyer
Unnold Uwe	22.07.1965 Verbandsbürgermeister	Am Weiherwäldchen 2 66851 Linden